Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 553. Abendblatt. Dienstag, den 27. November. 1866.

Deutschland.

Berlin, 26. November. Die Rückkehr Sr. Majestät des Königs und der Königl. Prinzen am Sonnabend von Blankenburg nach Berlin wurde dadurch verzögert, daß nach beendigter Jagd im Helmburger Revier noch ein Diner stattfand. Am Sonntag Vormittags wohnte Se. Maj. mit den Prinzen und Prinzessinnen des hohen Königshauses dem Gottesdienste im Dome bei, konferirte Mittags mit dem Finanzminister v. d. Heydt, und ließ sich dann von dem Chef des Militair-Kabinets v. Treskow Vortrag halten. Die Familientafel war um 5 Uhr im Königlichen Palais. Gestern Morgens 9 Uhr arbeitete Se. Maj. mit den Ministern, empfing den General v. Mirbach, die Regiments-Kommandeure Oberstlieutenant v. Below, Oberstlieutenant v. Grollmann, Oberstlieutenant v. Sell und Major v. Cosel und nahm demnächst die Vorträge des Oberstaatssekretairs v. Thile, des Geh. Kabinetsraths v. Mühler, des Geh. Raths Costenoble und des Hausministers von Schleinitz entgegen. Nachmittags hatten der Erbprinz Reuß aus Gera und der Botschaftsrath in Paris Graf Solms-Sonnenwalde Audienz und wurden dieselben auch zur Königlichen Tafel gezogen, zu welcher außerdem geladen waren die Generale v. Wasserschleben, v. Mirbach, v. Tamecke, v. Treskow, die Vormittags empfangenen Regiments-Kommandeure, der Minister des Innern, Graf Eulenburg, der Staatsminister a. D. v. Bethmann-Hollweg, der Königliche Gesandte im Haag, Graf Perponcher, der erste Präsident des Kammergerichts v. Strampf, der Regierungs-Präsident Graf von Krassow &c.

— Der Kultusminister hat folgende Herren für den Prüfungstermin 1866—1867 zu Mitgliedern der medizinischen Ober-Examinations-Kommission ernannt, nämlich: Im chirurgischen Prüfungs-Abschnitt: den Privatdoeenten Dr. Mitscherlich und den Geheimen Sanitätsrath Dr. Wilms, alternirend mit dem Stabsarzt Dr. Fischer und dem Privatdocenten Dr. Ravoth; im medizinischen Prüfungsabschnitt: den Geh. Medizinalrath Dr. Ebert und den Privatdocenten Dr. J. Meyer, alternirend mit dem Medizinalrath Dr. Krieger und dem Privatdocenten Dr. Mannkopf; im geburtshülflichen Prüfungsabschnitt: den Geh. Medizinalrath Dr. Martin und den Privatdocenten Dr. Kristeller. Auch ist verfügt worden, daß die chirurgischen Prüfungen diesmal im Charité-Krankenhause abgehalten werden und am 10. Dezember beginnen sollen.

— Der mehrerwähnte Vertrag zwischen Preußen und Koburg, die Schmalkaldener Staatsforsten betreffend, besagt, daß der König dem Herzog die Forsten mit allem Zubehör als Entschädigung für die im Laufe der letzten kriegerischen Ereignisse gebrachten Opfer und zugleich als Beweis des Anerkenntnisses der getreuen Bundesgenossenschaft des Herzogs vom ersten Anfang des Krieges bis zuletzt und der thätigen und wirksamen Theilnahme des Herzoglichen Kontingents an der Aktion, abtrete. Die Bewirthschaftung der Forsten ist einer Staatsaufsicht nicht unterworfen. Der Herzog übernimmt es dagegen, die durch die Verpflegung und Requisitionen der Hannoveraner und Baiern seinen Unterthanen entstandenen Schäden und Kosten zu vergüten.

— Aus verschiedenen hannoverschen Städten, aus Göttingen, Stade und aus dem Oberharz, sind neuerdings Deputationen hier eingetroffen, um bei Sr. Majestät dem Könige Audienz zu erbitten.

— Die Deutschen in Hongkong haben den Ertrag einer unter ihnen veranstalteten Sammlung, im Belaufe von 5519 Thlrn., an den Minister des Innern, Grafen Eulenburg, eingesandt mit dem Ersuchen, diese Summe einem der Comité's zur Linderung der Noth unter den Invaliden aus dem letzten Kriege zu überweisen. Der Herr Minister hat in Folge dessen diesen Betrag der unter dem Protektorat Sr. K. Hoh. des Kronprinzen stehenden National-Invaliden-Stiftung zugewiesen.

— Der General z. D. v. Briesen ist von der Stellung als erster Kommandant von Dresden, der Oberst a. D. v. Gontard von der Stellung als zweiter Kommandant von Dresden entbunden.

— Das preußische Rundschreiben an die Bundes-Regierungen soll den Wunsch aussprechen, daß Behufs der Beschleunigung der Arbeiten zu Bevollmächtigten für die Berathungen des norddeutschen Verfassungs-Entwurfes die Minister des Auswärtigen der verschiedenen Regierungen, sowie die Syndici der Hansestädte bezeichnet würden.

— Der interimistische diplomatische Bevollmächtigte in Dresden, v. Wurmb, ist am Sonntag Abend, nach einer Konferenz mit dem Geheimrath v. Savigny, auf seinen Posten zurückgekehrt, wird aber schon am Donnerstag wieder hier eintreffen.

— Der Ministerial-Sekretair Levy von dem Finanz-Ministerium in Kopenhagen ist hier eingetroffen, wie es heißt, um wegen der Wiederherstellung der Postschifffahrts-Verbindung zwischen Kiel und Kopenhagen, beziehentlich Korsoer, zu unterhandeln, die, so weit Dänemark in Frage kommt, jetzt nur über Lübeck existirt.

— Graf Moltke, bisher der dänischen Gesandtschaft in Paris attachirt, ist als Legations-Sekretär nach Berlin versetzt worden und bereits hier eingetroffen.

— Der Johanniter-Ritter v. Luck hat sich im Auftrage des Militär-Inspekteurs der freiwilligen Krankenpflege, Grafen Eberhard zu Stolberg, nach den Lazarethen der Main-Armee begeben, um sich besonders nach dem Befinden und event. der Verpflegung derjenigen preußischen Verwundeten zu erkundigen, welche sich noch außerhalb Preußens, in Aschaffenburg, Würzburg, Kissingen &c. befinden.

— Der Geh. Kommerzienrath Krupp hat der National-Invalidenstiftung 10,000 Thlr. als Geschenk überwiesen.

— Die Zahl der bei dem Siegeseinzuge in Berlin als unmittelbar dem Feinde im Kampfe abgenommenen Siegesbeute ausgestellt gewesenen Geschütze erhöht sich nachträglich noch um ein bei Uerdingen den Baiern entrissenes Geschütz, das auch nach dem Einzuge noch mit Aufstellung gefunden hat, und 3 demontirte Geschütze, welche keine Benutzung gefunden haben, und würde demnach die Ziffer der auf dem Schlachtfelde erbeuteten Geschütze jetzt 212 betragen.

— Eine amtliche Zusammenstellung der Zahl der Verwundeten und Erkrankten des letzten Krieges und der Resultate ihrer Verpflegung hat ergeben, daß das Verhältniß der Geheilten zu den Gestorbenen ein überaus günstiges ist. Die Krankheiten, welche sonst in der Regel epidemisch in den Kriegslazarethen auftreten, Brand, Lazarethfieber und Pyämie, sind nur sporadisch vorgekommen und haben nur wenig Opfer fortgerafft. Dies günstige Resultat wird besonders dem Umstand zugeschrieben, daß schon vom 1. Juli an, also gleich nach den ersten Gefechten, die Verwundeten und Kranken der mobilen Armee durch Vermittelung der Kranken-, Transport-Kommission auf die in allen Provinzen des Staats errichteten Reserve-Lazarethe vertheilt wurden und daß im Allgemeinen kein Kriegslazareth an den nachtheiligen Folgen der Ueberfüllung leiden konnte, weil selbst in der Zeit, wo die Zahl der zu verpflegenden Verwundeten am größten war, noch 15000 Lagerstellen disponibel blieben. Wie günstig die Heilungs-Erfolge in den Lazarethen waren, geht daraus hervor, daß die Zahl der Kranken, welche am 1. August sich auf 35,000, darunter 20,000 Verwundete, belief, am 1. September auf 25,000 Mann, darunter 12,000 Verwundete, sich vermindert hatte, und am 1. Oktober, nachdem in der Zwischenzeit die transportablen österreichischen Kranken und Verwundeten ausgeliefert worden, auf 9000, darunter 3500 Verwundete, heruntergegangen war, gegenwärtig aber kaum noch 3500, darunter etwa 1000 Verwundete beträgt.

— Gestern hat die erste Sitzung der Dotations-Komission Vormittags 10 Uhr (vor der Plenarsitzung des Hauses) in Gegenwart der Minister des Innern und der Finanzen stattgefunden. Der Kommission, deren Vorsitzender Abg. v. Vaerst und deren Berichterstatter der Abg. Stavenhagen ist, lag zunächst ein Amendement des Abgeordneten v. Kardorff und Genossen (darunter Prinz zu Hohenlohe, Graf Bethusy-Huc, Achenbach, Holzapfel u. A.) vor, in dem Gesetzentwurf hinter das Wort „Heerführer" zu setzen: „und Staatsdiener". Abg. Graf Strachwitz würde es unterstützen, wenn nicht der Wunsch des Ministerpräsidenten, in den Gesetzentwurf nicht mit aufgenommen zu werden, durch einen circulirenden Brief desselben bekannt geworden wäre. Referent Abg. Stavenhagen erklärt sich für das Amendement, in erster Reihe jedoch für Aufnahme der Namen derer in das Gesetz, denen die Nationalbelohnung, wenn es eine sein solle, zugedacht ist. Finanzminister v. d. Heydt bezeichnete die Nennung der Namen und die Diskussion über dieselben als peinlich und zu vermeiden. Dem Könige, der das Heer geführt habe und daher die Wahl der zu belohnenden Heerführer am besten treffen könne, sei die Disposition zu überlassen. Für die Führer selbst würde die Diskussion über die Personen peinlich sein. Dem Amendement v. Kardorff stimmte der Minister im Namen der Staatsregierung bei und fügte, als der Abg. v. Hoverbeck die Nennung der Namen und Angabe der Zahlen beantragte, hinzu, daß die Staatsregierung einem vom Hause mit Namen und Zahlen versehenen Gesetzentwurfe ihre Zustimmung versagen müsse. Einem von anderer Seite gestellten Antrage, daß die Verwendung der vom Hause bewilligten Summe durch Königliche Verordnung erfolgen solle, glaubte er seine Zustimmung ertheilen zu können. Präsident v. Forckenbeck, der als Vorsitzender des Hauses nach der Geschäftsordnung an den Verhandlungen aller Komissionen Theil nimmt, schlug das Auskunftsmittel vor, ob es nicht angezeigt sei, nach Art. 32 der Geschäftsordnung eine geheime Sitzung der Kommission zur Entgegennahme von Aufklärungen Seitens der Staatsregierung beim Hause zu beantragen. Der Finanzminister acceptirte das in diesem Vorschlage ausgedrückte Entgegenkommen und fand denselben erwünscht. Seine Anfrage, ob Mittheilungen, welche die Regierung unter solchen Bedingungen in der Kommission mache, auch den Verhandlungen des Plenums entzogen seien, wurde von dem Präsidenten mit der Versicherung bejaht, daß, was die Regierung in geheimer Sitzung der Kommission unter der Bedingung der Sekretirung mittheile, Privateigenthum der Kommission sei. Abg. Jung befürwortete das Amendement v. Kardorff, über welches prinzipaliter abzustimmen sei, da es die Grundlage des Gesetzentwurfes in erwünschter, der Gerechtigkeit und der Volksmeinung entsprechender Weise ändere und von der Regierung acceptirt sei. Schließlich verständigte man sich dahin, den Vorschlag des Präsidenten dem Plenum des Hauses zur Beschlußfassung vorzulegen.

— Die besondere Kommission des Abgeordnetenhauses für den Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung des Art. 69 der Verfassung („die zweite Kammer besteht aus 352 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz festgestellt u. s. w."), welche durch den Eintritt der neu erworbenen Landestheile in das Verfassungsleben der preußischen Monarchie nothwendig geworden ist, hatte heute Vormittag 10 Uhr ihre erste Sitzung, der der Abgeordnete Graf zu Eulenburg als Vertreter der Regierung beiwohnte. In der General-Diskussion machte der Referent Abgeordneter Waldeck gegen die Vorlage geltend, daß die Aufnahme der resp. Ziffern der Bevölkerung in dieselbe unerläßlich sei, wenn sie korrekt und im Einklang mit der Verfassung sein solle. Der Vertreter der Regierung wies darauf, daß durch Feststellung der Ziffer, auf welche ein zu wählender Abgeordneter komme, diese Lücke zur Genüge ausgefüllt und jeder etwaigen Willkür vorgebeugt sei. Die Spezialdiskussion mußte der Plenarsitzung wegen nach kurzer Dauer bis zum Abend des 28. d. M. vertagt werden.

— Abgeordnetenhaus. Sitzung vom 26. November. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Petitions-Kommission über zwei Petitionen. Die erste derselben betrifft eine Beschwerde wegen verweigerter Ansiedlungs-Erlaubniß. Der Zimmergeselle Rabbach hat in Plessow (Zauch-Bezigschen Kreises) ein Grundstück gekauft, von der Polizei-Obrigkeit aber nicht die Erlaubniß erhalten, sich dort anzusiedeln, weil das Vermögen, welcher er nachgewiesen, nicht hinreichend gewesen sei. Die Sache schwebt seit 1862 und ist Gegenstand verschiedener nicht konformer Entscheidungen der Ortsbehörden gewesen. Die Kommission beantragt mit großer Majorität die Ueberweisung an die Staatsregierung zur Berücksichtigung. Die Abgeordneten v. Vincke (Hagen) und Lette empfehlen den Kommissionsantrag, indem sie ausführen, daß hier ein prinzipieller Uebelstand vorliege, gegen den man sich bei dieser Gelegenheit aussprechen müsse. Abg. v. Vincke (Oldendorf) stimmt ebenfalls für Ueberweisung, er bezeichnet das gegen den Petenten eingeschlagene Verfahren (das Gebäude, welches derselbe bereits auf dem Grundstücke errichtet, ist ihm im Wege der Exekution wieder niedergerissen worden) als ein barbarisches, welches mit der Verurtheilung zu Schadenersatz vergolten werden müsse, und erinnert lebhaft an des Ministers Zusage, auf konservativen Grundlagen liberal regieren zu wollen. Abg. Dr. Gneist: Die Hauptschuld der Petition trägt das Gesetz von 1853, es ist ein Anachronismus, so tief in das Recht des Grundeigenthums eingreifen zu wollen. Der Regierungs-Kommissar Abg. Graf Eulenburg für Ablehnung des Kommissions-Antrages. Man möge nicht die Antipathie gegen die polizeiobrigkeitliche Gewalt der Gutsherrschaft hier entscheiden lassen, sondern sich an das Gesetz von 1853 halten. Der Vermögensnachweis, der von diesem Gesetze verlangt wird, ist obligatorisch. Der Petent hat Vermögens-Objekte nachgewiesen, welche nach dem Sinne des Gesetzes nicht als ausreichend gelten können, nämlich Baumaterialien, zwei Aktien a 100 Rt. und 59 Rt. baares Geld. Hiernach war es gerechtfertigt, dem Gesetze gemäß einen Vermögens-Nachweis durch Bescheinigung zweier achtbarer Gemeinde-Mitglieder zu verlangen und dies ist nicht erfüllt worden. Ich bitte Sie deshalb, die Petition zurückzuweisen. Abg. Berger (Solingen) für den Kommissionsantrag: Die hier in Rede stehende Ortsobrigkeit ist der Baron Hans v. Rochow-Plessow, der in einem andern Falle eine traurige Berühmtheit erlangt hat. (Große Unruhe und Oho auf der Rechten.) Dem Petenten ist sein Haus niedergerissen worden, so daß er unter freiem Himmel nächtigen mußte. Wo eine Ortsobrigkeit so streng verfährt, da werden sich die Ortseinwohner hüten, eine ihrem Gutsherrn nicht erwünschte Bescheinigung abzugeben. Der Redner führt aus, wie vortheilhaft in Westphalen die Ansiedlungsfreiheit gewirkt und wie schon 1811 König Friedrich Friedrich Wilhelm III. dies anerkannt und ausgesprochen habe, und schließt mit Empfehlung des Kommissions-Antrages.

Abg. Scharnweber: In der Praxis nehmen sich dergleichen Fälle ganz anders aus, als wenn sie hier vorgetragen werden. Die Nothwendigkeit, nicht eher bauen zu lassen, als bis die Erlaubniß dazu ertheilt ist, wird doch Niemand bestreiten; denn die Leute bauen oft bloß, um ein fait accompli zu erzielen und dadurch die Erlaubniß zur Ansiedelung zu erzwingen. Und solche Ansiedelungen können oft sehr große Nachtheile für die Gemeinden und die Gutsbesitzer mit sich führen. So lange das Gesetz daher in seinen gegenwärtigen Bestimmungen noch existirt, müssen die Behörden auch für die Ausführung desselben sorgen. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. — Es erhält das Wort:

Regierungs-Kommissar Gr. Eulenburg: Ich muß bemerken, daß die Fälle, in denen die höheren Instanzen sich der Weigerung der Ortsbehörden, die Erlaubniß zur Ansiedelung zu ertheilen, anschließen, sehr vereinzelt sind, während gegentheilige Entscheidungen fast wöchentlich vorkommen. Die Handhabung des Gesetzes ist also Seitens der Behörden sehr human; aber sich hinwegzusetzen über Bestimmungen desselben, ist unmöglich, deshalb bitte ich Sie, den Antrag Ihrer Kommission abzulehnen. — Referent Abg. Wendisch: (Bei der im Hause herrschenden Unruhe sind die Ausführungen desselben sehr schwer verständlich.) Nicht allgemeine Mißstimmung gegen das Gesetz, sondern die Einsicht, daß die Bestimmungen desselben hier eine unzulässige Anwendung gefunden haben, hat die Kommission zu ihrem Beschlusse bewogen. Regierungs-Kommissar Gr. Eulenburg bestreitet den Mißbrauch des Gesetzes und führt noch einmal den §. 11 desselben an, wo es ausdrücklich heiße, die betreffenden Personen hätten den Beweis über ihre genügenden Vermögens-Verhältnisse selber zu führen. Abg. Harkort ist der entgegengesetzten Ansicht, bleibt jedoch auf der Journalistentribüne vollständig unverständlich. Abg. Gr. Schwerin (zur Geschäftsordnung): Es ist heute zum ersten Male unter dem gegenwärtigen Präsidium wieder vorgekommen, daß, da nach angenommenem Schlußantrage vom Ministertische noch gesprochen wurde, die Diskussion wieder eröffnet wurde. Dieser Usus stammt aus einer Zeit, die hinter uns liegt, und ich möchte daher dem Herrn Präsidenten anheimstellen, ob er statt der bisherigen Praxis nicht lieber eine andere einführen will. (Beifall links.) Präsident v. Forckenbeck bemerkt, daß er eigenmächtig die bisherige Praxis nicht ändern könne, stellt es jedoch dem Vorredner anheim, wenigstens die Sache zur Entscheidung zu bringen. Abg. Dr. Waldeck: Vorläufig müssen wir jedenfalls das Präcedens befolgen, außerdem aber liegt dieser Modus auch ganz in der Natur der Sache. Abg. Kantak schließt sich dem an und bemerkt, daß das Haus es ja immer in seiner Hand habe, die Wiedereröffnung der Debatte durch ausdrücklichen Beschluß nicht eintreten zu lassen. Abg. Gr. Schwerin: Ich wollte die Sache eben nur anregen und hielt dazu die Gelegenheit heut besonders geeignet, weil der Herr Regierungs-Kommissar durch seine letzten Worte durchaus kein neues Moment für die Beurtheilung der Sache beigebracht hat.

Das Haus schreitet zur Abstimmung. Der Antrag der Kommission, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wird mit großer Majorität (dagegen nur die konservativen Fraktionen) angenommen. Es ist unterdeß schon große Finsterniß eingetreten, so daß auf der Journalisten-Tribüne fast nichts mehr zu sehen ist; auch das Hören wird durch die zunehmende Unruhe des Hauses sehr erschwert. Die Stenographen des Hauses erhalten Licht; auf die Journalisten nimmt man keine Rücksicht, sondern geht in der Tagesordnung weiter, und zwar zur Berathung der Petition des Veteranen Jacobs aus Oldenburg, welcher den Antrag stellt, an dem preußischen Veteranenfonds Theil nehmen zu dürfen und eine dauernde Unterstützung zu erhalten. — Die Kommission beantragt, diese Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, um das gesetzliche Verhältniß solcher Individuen, die früher im preußischen Heere gedient, später aber aus dem preußischen Staatsverbande ausgeschieden sind, festzustellen. Referent Abg. Dr. Beitzke verzichtet bei Beginn der Diskussion auf das Wort. Abg. Stavenhagen stellt den Antrag, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, da der preußische Veteranenfonds nur für solche bestimmt sei, die dem preußischen Staatsverbande wirklich angehören. Abg. Dr. Gneist befürwortet den Kommissionsantrag, der Regierungs-Kommissar, sowie die Abgg. v. Gerlach und Stavenhagen empfehlen den Antrag auf Tagesordnung. Nach einer kurzen Bemerkung des Berichterstatters Abg. Beitzke wird der Antrag auf Tages-Ordnung angenommen. Nachdem noch mehrere Petitionen nach den Anträgen der Kommission zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erachtet worden, wird die Sitzung um 3½ Uhr vertagt. — Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Vorberathung des Budgets.

Königsberg, 23. November. Auf Anregung des Vorsteheramtes der hiesigen Kaufmannschaft findet am 5. Dezember und den folgenden Tagen in Berlin eine Konferenz von Vertretern preußischer Seehandelsstädte über die Behandlung des Seehandels im Zollvereine statt. Memel, Danzig, Stettin haben außer Königsberg bereits zugesagt, andere Plätze restiren noch mit ihrer Erklärung, auch die vormals Hannoverschen Häfen, Harburg, Emden und Leer sind zur Theilnahme aufgefordert. Sollte einer der Theilnehmer oder eine an der Theilnahme behinderte Handels-Korporation besondere Wünsche in Betreff der Verhandlungsgegenstände hegen, so wäre es wünschenswerth, daß dieselben dem Vorsteheramte der hiesigen Kaufmannschaft, oder, falls dazu nicht mehr Zeit, dessen Deputirten, den Herren Konsul Kleyenstüber und Stephan mitgetheilt würden, welche schon am 4. Dezember in Berlin eintreffen und im Hotel d'Angleterre wohnen werden.

Hannover, 23. November. Das Departement des Innern hat an die zu seinem Ressort gehörenden Beamten, welche die Erklärung der Ritterschaftsmitglieder vom 7. d. M. unterzeichnet haben, die Anfrage gerichtet, ob sie jenen Beschlüssen durch Namensunterschrift beigetreten wären und ob sie sich zu dem Inhalt derselben bekennen wollten. Auf diese in höherem Auftrage gestellte Anfrage haben bereits mehrere Verwaltungsbeamte die Antwort gegeben, daß sie allerdings zu den Unterzeichnern der Erklärung gehörten.

Aurich (Ostfriesland), 22. November. Am 19. November begann die Gestellung und Musterung der Militärpflichtigen aus den Jahren 1843, 1844 und 1845 vor der Kreis-Ersatz-Kommission am hiesigen Orte. Wie verlautet, wurden etwa 60 pCt der Pflichtigen für tauglich befunden, wobei jedoch auf Reklamationen Rücksicht genommen ward.

Dresden, 25. November. Die preußisch-sächsische Militär-Kommission, welche bis jetzt die Kompetenzverhältnisse des preußischen Gouvernements zur Zufriedenheit beider Theile so weit regulirt hat, daß nur noch die Bestätigung beider Monarchen fehlt, tritt nächste Woche zu weiteren Berathungen zusammen, welche die Kosten für die preußische Besatzung, für militärische Etablissements u. dgl. betreffen. Die Reorganisation der sächsischen Armee fällt nicht in das Gebiet dieser Verhandlungen. Das Verhältniß der Truppen und Offiziere gewinnt täglich an kameradschaftlicher Intimität. Die jüngeren Offiziere von beiden Seiten haben einen Plan für gemeinschaftliche Tafel und gesellige Zusammenkünfte entworfen. Das hiesige Kasino hat dem preußischen Offizierkorps den Eintritt ohne Ballotage angeboten. Zum nächsten Mittwoch sind die höheren preußischen Offiziere zur Tafel des Kronprinzen mit Einladungen beehrt worden.

Darmstadt, 24. November. Nach dem „Fr. J." ist es den „Konservativliberalen", d. h der Regierungspartei hier in der Residenz gelungen, mit einer Zweidrittel-Majorität die Fortschrittspartei bei den Wahlen zu besiegen. Auch die stimmfähigen Militärs und Militärbeamten, welche derzeit in Babenhausen garnisoniren, waren zur Abstimmung hierher beschieden worden. (Auch an einigen anderen Orten hat die Regierungspartei, welche zugleich die Gegnerschaft gegen Preußen repräsentirt, gesiegt oder ihr Sieg ist zu erwarten. Nach Zeitungsberichten würde der Fortschrittspartei die Mehrheit in der Zweiten Kammer verbleiben, ihr aber eine stärkere Minderheit als bisher gegenüber stehen.)

Tübingen, 21. November. Heute ist der Erlaß des Ministeriums an Rektor und Senat bezüglich der Versetzung Paulis hierher nach Tübingen gelangt. In demselben ist Pauli angewiesen, augenblicklich an seinen neuen Bestimmungsort abzugehen. So viel verlautet, hat jedoch der Versetzte heute Vormittag seinen Zuhörern bereits mitgetheilt, daß er seine Entlassung nehmen werde; das diesfällige Gesuch wird dem Rektorat wohl schon übergeben sein. Der Erlaß an den Senat spricht das Befremden der Regierung darüber aus, daß das akademische Kollegium sich auf den politischen Standpunkt gestellt habe, um die Regierung von einem Einschreiten abzuhalten, während doch die eigenen Prämissen des Senatsberichts mindestens auf die Maßregel hinführen, welche nun ergriffen sei; denn wenn der akademische Senat ausspreche, „man glaube in Paulis Artikel eine Rede von der Pfingstweide zu hören, wenn das Kollegium selbst sage, man glaube bei Lesung des Aufsatzes es nicht mehr mit einem Mann von Bildung und wissenschaftlicher Stellung zu thun zu haben, wenn der Senat selbst ausdrücklich erkläre, daß er für die Anschuldigungen Paulis gegen die Regierung lediglich keine Entschuldigung anzuführen wisse", und so weiter, so hätte das Kollegium zu einer andern Antwort gelangen müssen. Es handle sich entfernt nicht um die Freiheit der Forschung, welche der Minister stets vertheidigt habe, sondern um die Verfolgung eines mit den allgemeinen staatsdienstlichen und sozialen Rücksichten unvereinbaren Benehmens. — Der Senat soll bereits zu Vorschlägen für die Wiederbesetzung der Stelle Paulis aufgefordert worden sein.

Ausland.

Wien, 25. November. Die Pläne Goluchowski's über die politische Organisation Galiziens haben die Billigung des Wiener Kabinets erhalten und wird in der nächsten Zeit mit der Errichtung einer Hofkanzlei unter dem Fürsten Jablonowski vorgegangen werden.

Bern, 24. November. Wie verlautet, hat die preußische Regierung bei der Bundesregierung reklamirt, daß in der neuesten Zeit die Niederlassung in der Schweiz jungen Leuten, die sich der diesseitigen Militärpflicht entziehen wollten, sehr erleichtert werde. Die Bundesregierung soll in Folge dieser Reklamation die Kantonal-Regierungen aufgefordert haben, über diese Angelegenheit Bericht zu erstatten.

Paris, 24. November. Die „France" bringt heute folgende Tröstungen und Entschuldigungen über den tragischen Ausgang des mexikanischen Kaiserreichs: „Die französische Armee zieht sich zurück, weil ein höherer Wille, der des Landes, die Expedition beendigt zu sehen wünscht; die öffentliche Meinung, die immer den letzten Sieg behalten soll, legt den Abzug der Armee der Regierung und dem Souverän als Pflicht auf. Man kann, wenn auch nicht ohne Trauer, doch aber ohne Leidenschaft, die Situation ins Auge fassen. Zuletzt ehrerbietige Trostgründe und Huldigungen dem hochherzigen Prinzen, der der mexikanischen Sache sich mit solcher Hingebung gewidmet hat, und der edlen Frau, der rührenden Gestalt der Kaiserin Charlotte, deren schöner Geist durch Schmerz und Kummer verwirrt ward. Dies große Unglück wirft ein Leichentuch auf das Ende des mexikanischen Kaiserreichs, allein es giebt nur noch der Achtung und der Sympathie aller Parteien Raum." Auch die halbamtliche „Patrie" hat die Aufgabe, über die Folgen, welche eine Abdankung Maximilian's haben könnte, zu beruhigen; sie sagt: „Was die Folgen betrifft, welche die letzten Ereignisse haben können, so glauben wir, daß sie alle im Voraus vorgesehen sind. Die öffentliche Meinung braucht sich im Interesse unserer Landsleute und unserer Truppen nicht über die Eventualität einer Abdankung zu beunruhigen. Maßregeln, welche mit jener Schnelligkeit und Sicherheit der Ausführung ergriffen werden, welche alle Beschlüsse der Regierung kennzeichnen, werden der Unruhe vorzubeugen wissen, die durch eine Suspension der Kaiserlichen Gewalt verursacht werden könnte und augenblicklich eine nationale Autorität konstituiren, welcher gegenüber das Banner Frankreichs bis zum letzten Tage sein Ansehen bewahren wird."

London, 23. November. Aus Dublin wird telegraphisch gemeldet, daß zwei mit dem Dampfer aus Liverpool in Cork angekommene Kisten von der Polizei geöffnet wurden. Die eine enthielt 50 ganz neue Enfield-Büchsen nebst Bayonetten, die andere 30 Büchsen und eine Anzahl Kugelformen. Die ganze an John Daly u. Co. adressirte Sendung wurde polizeilich mit Beschlag belegt und ein im Dienste der Firma stehender Mann, Namens Tracy, verhaftet.

— Wie groß der Schaden ist, den die Viehseuche in Großbritannien angerichtet hat, ist aus den amtlichen Berichten jetzt ersichtlich. Es wurden seit dem ersten Auftreten der Krankheit 253,732 Stück Vieh davon befallen, und weitere 52,415 Stück gesundes Vieh, das mit dem kranken irgendwie in Berührung gekommen war, wurde geschlachtet, um die Ausbreitung der Seuche zu verhüten. Der letzte Wochenausweis, der bis zum letzten Sonnabend incl. reicht, weist nur zwei Fälle der Rinderpest nach und man kann wohl sagen, daß die Plage für dieses Mal aufgehört hat

— Aus den Gegenden, die durch die Ueberschwemmungen gelitten haben, treffen allmälig bestimmtere Nachrichten ein. Der Verlust an Menschenleben wird jetzt im Ganzen auf dreißig angegeben. Im Thale des Calderflusses berechnet man den Schaden auf 300,000 Lr., in Wakefield und der Umgegend auf 100,000 Lr. und in Dewsbury auf 50,000 Lr. In Salford, wo eine öffentliche Versammlung gehalten wurde, um Maßregeln zur Unterstützung der Betroffenen zu berathen, waren 2685 Häuser überschwemmt und 3124 Personen außer Beschäftigung.

Pommern.

Stettin, 27. November. (General-Versammlung des Credit-Vereins am 26. November.) Nach Eröffnung der Versammlung erstattet zunächst Herr Direktor Köppen den Geschäftsbericht über die Monate August, September und Oktober. Die Zahl der Mitglieder war danach am 1. August c. 578, neu aufgenommen wurden 20, ausgeschieden und gestrichen sind 10, danach am 1. November 597. Beiträge sind von den Mitgliedern bis 1. November eingegangen: 29,673 Rt. 11 Sgr. 3 Pf.; Darlehne sind eingezahlt worden: 27,738 Rt. 4 Sgr., dazu in den ersten 7 Monaten d. J. 27,962 Rt. 26 Sgr., und der Bestand am 1. Januar d. J. 79,214 Rt. 14 Sgr., macht 134,915 Rt. 14 Sgr., zurückbezahlt sind darauf 50,058 Rt. 26 Sgr. 6 Pf., und schuldet der Verein am 1. November 84,856 Rt. 17 Sgr. 6 Pf.; Spareinlagen sind eingezahlt worden: 3,998 Rt. 11 Sgr. 6 Pf., dazu in den ersten 7 Monaten d. J. 9,511 Rt. 15 Sgr. 6 Pf., und der Bestand am 1. Januar d. J. 16,388 Rt. 8 Sgr. 9 Pf., macht 29,898 Rt. 5 Sgr. 9 Pf., zurückbezahlt sind darauf 12,732 Rt. 24 Sgr., bleiben am 1. November 17,165 Rt. 11 Sgr. 9 Pf.; auf Conto-Current sind eingezahlt worden: 18,432 Rt. 5 Sgr., dazu in den ersten 7 Monaten d. J. 61,430 Rt., und der Bestand am 1. Januar d. J. 12,050 Rt. 4 Sgr. 6 Pf., macht 91,912 Rt. 9 Sgr. 6 Pf.; zurückbezahlt sind 75,392 Rt. 9 Sgr. 6 Pf., bleiben am 1. November 16,520 Rt.; die Schulden des Vereins betragen also an Darlehnen, Spareinlagen und Gelder auf Conto-Current 118,541 Rt. 29 Sgr. 3 Pf.; das eigene Vermögen des Vereins beträgt dagegen an Beiträgen der Mitglieder 29,673 Rt. 11 Sgr. 3 Pf., und an Reservefonds 1864 Rt., zusammen 31,537 Rt. 11 Sgr. 3 Pf., und ergiebt 26,6 Prozent der fremden Gelder; auf Wechsel und Unterpfand sind an Mitglieder ausgeliehen: 134,431 Rt. 10 Sgr. 10 Pf., dazu in den ersten 7 Monaten d. J. 355,398 Rt. 18 Sgr. 10 Pf., zusammen in 1866 489,829 Rt. 29 Sgr. 8 Pf., hierzu die ausstehenden Forderungen am 1. Januar d. J. 136,505 Rt. 20 Sgr. 3 Pf., macht 626,335 Rt. 19 Sgr. 11 Pf., darauf haben die Mitglieder zurückbezahlt 500 533 Rt. 9 Sgr. 6 Pf., bleiben Ausstände am 1. November 1866 125,802 Rt. 10 Sgr. 5 Pf.; seit Eröffnung des Geschäfts am 1. Mai 1861 sind den Mitgliedern im Ganzen Vorschüsse gezahlt worden im Jahre 1861 13,499 Rt. 29 Sgr. 11 Pf., im Jahre 1862 102,605 Rt. 15 Sgr. 2 Pf., im Jahre 1863 241,268 Rt. 21 Sgr. 7 Pf., im Jahre 1864 357,753 Rt. 1 Sgr., im Jahre 1865 532,743 Rt. 11 Pf., im Jahre 1866 in 10 Monaten 489,829 Rt. 29 Sgr. 8 Pf., zusammen 1,737,700 Rt. 8 Sgr. 3 Pf.; Zinsen sind für die 1866 ausgeliehenen Kapitalien von 489,829 Rt. 29 Sgr. 8 Pf. a 8 und 10 Prozent eingegangen 9,136 Rt. 20 Sgr., dazu die Zinsen für 1865 ausgeliehene erst 1866 fällig gewordene 136,464 Rt. 7 Pf. a 8 Prozent vom 1. Januar 1866 an gerechnet mit 1,281 Rt. 27 Sgr., macht Zinsen-Einnahme 1866 10,418 Rt. 17 Sgr.; der Reservefond beträgt am 1. November 1864 Rt. und der Kassen-Bestand 5,658 Rt. 14 Sgr. 7 Pf.. Schließlich bemerkt Hr. Köppen: So erfreulich diese Resultate überhaupt, so sei es doch ärgerlich, daß wieder kleine Verluste, von etwa 50 bis 70 Rt. vorgekommen, welche zu vermeiden gewesen wären. Der §. 9. des Statuts, wonach die Mitglieder 5 bis 10 Rt. über ihren Geschäftsantheil gegen ihre eigenen Wechsel erhalten könnten, werden zuweilen gemißbraucht und beabsichtige der Vorstand daher, in der nächsten General-Versammlung die Aenderung dieses Paragraphen zu beantragen. Der Zinsfuß ist bekanntlich seit dem 10. November von 8 auf $6\frac{2}{3}$ Prozent herabgesetzt. — Als Kandidaten für die ausscheidende Hälfte der Ausschuß-Mitglieder werden aufgestellt: die Herren Baumeister Bachstein, Maurermeister Drechsler sen., Klempner Bock u. Wolff, Tischler Kaseburg und Piest, Kaufleute Rud. Lehmann und Paulson, Lithograph Lilienthal, Böttcher Jul. Peters und Alb. Dittmer, Maler Plischkowski und Krasemann, Schuhmacher Schwartz und Kukulus, Mechanikus C. F. Schultz, Uhrmacher C. Tanke und Schmiedemeister W. Dreyer. Die Wahl selbst erfolgt bei der nächsten Generalversammlung. — Zur Rechnungsabnahme pro 1866 werden als Revisoren gewählt: die Herren Paulson, Peterson und Luckenbacher.

Stettin, 27. November. Vor einigen Tagen wurden Mönchenstaße 9 aus einer unverschlossenen Kommode 1 Broche und 1 Ohrring im Werthe von 20 Thlrn. gestohlen. Der Verdacht lenkte sich auf den in der betreffenden Wohnung als Ofenheizer ꝛc. beschäftigten Arbeiter Krenzin in Grabow, bei welchem die gestohlenen Stücke dann auch gefunden wurden.

— Gestern erhielt die Firma Stäker u. Clement, Speicherstraße 9, von der Eisenbahn eine Kiste mit 1 Ctr. Chokoladenmehl, welche der Rollfuhrmann auf den Hausflur gestellt hatte und dann in das Comtoir gegangen war, um die Fracht in Empfang zu nehmen. In dieser kurzen Zeit, während welcher die Kiste unbeaufsichtigt war, ist sie spurlos verschwunden.

— Vom Bollwerk wurde gestern eine 50 Pfd. schwere Kiste, welche nach Swinemünde verladen werden sollte, gestohlen. Die Diebe wurden aber bei der Steuerkontrole angehalten und entsprangen unter Zurücklassung der Kiste.

— Heute Mo gen wurde von der Polizei eine Razzia gegen berüchtigte Dirnen in einem Hause am Altböterberge angestellt. Die beiden Frauenzimmer, welchen diese Nachstellung galt, flüchteten, während die Beamten im Innern des Hauses suchten, durch's Bodenfenster auf das Dach, wurden aber von den Vorübergehenden wahrgenommen. Sie leisteten dann auch der Aufforderung der Beamten, herunter zu kommen, Folge und wurden in Verwahrsam gebracht.

— Wie wir hören, ist der Herr Polizeirath Primer von hier nach Breslau versetzt und wird schon zum 1. Dezember dahin abgehen.

— Zur Wahl von 4 Stadtverordneten für die 2. Abtheilung des 2. Wahlbezirks waren von 437 Stimmberechtigten 149 erschienen. Gewählt wurden: die Herren Kaufmann Allendorf mit 91, Zimmermeister Leo Wolff mit 87, Buchbindermeister Müller mit 82 und Kaufmann Rabbow mit 79 Stimmen. Es erhielten ferner die Herren Baumeister Franke 71, Dr. Wasserfuhr 65, Justizrath Calow 63, Kürschnermeister Steidel 47, Seilermeister Brehmer 5, Bäcker Herrmann 2, Röhrenmeister Müller 2, Schlosser Piper 1 und Zimmermeister F. W. Schultz 1 Stimme.

Grabow a. O., 27. November. Zur heutigen Wahl von Stadtverordneten waren von 432 stimmberechtigten Wählern leider nur 63 erschienen und wurden folgende Herren gewählt: I. Abth. Fabrikbesitzer Gollnow, Fabrikbesitzer Seydell, Schiffsbaumeister Schüler; II. Abth. Ober-Ingenieur Kägler, Faktor Döffner, Oberlehrer Lincke, Ackerbürger F. Schmidt. (Der beiden Letzten wegen mußte eine engerere Wahl stattfinden, da dieselben nicht die absolute Majorität erhalten hatten); III. Abth. Kaufmann Lockstedt, Rentier C. A. Dittmer, Maurermeister Engelberg.

† **Greifenhagen,** 26. November. Der großen Erregung und Spannung, die im Anfang des Jahres die Geister ergriffen hatte, scheint jetzt eine Zeit der Abspannung und Gleichgültigkeit gefolgt zu sein. Dieselbe dokumentirt sich augenblicklich in der geringen Theilnahme an den Stadtverordneten-Wahlen, die in diesem Monate in den verschiedensten Städten stattfanden und noch stattfinden; sie hat sich auch bei unseren Stadtverordneten-Wahlen gezeigt, die in der vergangenen Woche stattgefunden haben. Wenn ich recht berichtet bin, so hat sich noch nicht der 8. Theil der Wähler hieran betheiligt. Wenngleich es einerseits bedauerlich ist, daß das Interesse an der kommunalen Verwaltung so gering ist, so ist es auch andererseits wieder ein eigenthümlicher Charakterzug unseres Volkes, der sich darin abspiegelt. Es liett die Ruhe und überläßt sich am liebsten der Fürsorge seiner Regierung. Wäre jeder sich selbst überlassen, es würden sich nicht ein Dutzend Personen zur Wahl zusammenfinden. Hoffen wir, daß die neugewählten Mitglieder sich nicht von persönlichen Neigungen oder Abneigungen bei Berathung der kommunalen Interessen leiten lassen, sondern durchaus objektiv jede Angelegenheit behandeln, damit sie die vielfach verbreitete Meinung zu Schanden machen, daß ihre Wahl nur wegen ihrer politischen Gesinnung erfolgt sei.

Vermischtes.

Danzig. Einen unglaublich scheinenden Glückzufalle hatte der Matrose Hempel die Erhaltung seines Lebens zu danken. Als er mit seinem pommerschen Schiffe „Gustav" in den Hafen von Pillau einlief, ging eine gewaltige Sturzsee über das Schiff und riß den Hempel mit sich fort. Er wäre rettungslos verloren gewesen, hätte ihn nicht eine zweite Sturzsee erfaßt und ihn mit Vehemenz auf das — Verdeck seines Schiffes zurückgeworfen. Wir erzählen keine Münchhauseniade, sagt das „Danz. Dampfb.", sondern eine vom Kapitain und der ganzen Mannschaft beglaubigte Thatsache.

Posen, den 23. November. Zu den Orden der Schwestern vom heiligen Herzen, der Barmherzigen Schwestern und der Ursulinerinnen ist jetzt hier ein vierter Orden, der der Klarissen, gekommen. Für denselben ist dieser Tage das Gundermann'sche Haus auf der Zagorze um 9000 Thlr. angekauft worden. Ob die Schwestern sich auch mit Kinder-Erziehung und Kinderpflege beschäftigen werden, ist uns nicht bekannt.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 26. November, Nachmittags. Die Abgeordneten-Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die unveränderte Forterhebung der Steuern für das Jahr 1867 und die von der Regierung für die Pariser Weltausstellung geforderten Kosten bewilligt.

Pesth, 26. November, Nachmittags. Bis jetzt haben sich 126 Mitglieder des Unterhauses in den Klub Deak und 85 in den Klub der Linken einschreiben lassen. 16 Unabhängige bilden eine besondere Gruppe.

Florenz, 26. November. Die Journale melden, daß Begezzi nächstens im Auftrage der Regierung nach Rom zurückkehren werde. — Aus Venedig wird berichtet, daß die bis jetzt bekannt gewordenen Wahlen zu Gunsten der gemäßigten Partei ausgefallen sind.

Viehmärkte.

Berlin. Am 26. November c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigem Viehmarkte zum Verkauf aufgetrieben:

An Hornvieh 1400 Stück, incl. 50 Stück galizischer Ochsen. Export-Geschäfte nach dem Auslande waren unbedeutend, beste Qualität wurde für 16—18 Rt., mittle 13—15 Rt., ordinäre 8—10 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht verkauft.

An Schweinen 3769 Stück, incl. 150 Bachuner. Der Handel war zwar lebhaft, doch stellten sich die Durchschnittspreise nur mittelmäßig, beste feine Kern-Waare wurde mit 16—18 Rt., mittel mit 13—14 Rt. pro 100 Pfund Fleischgewicht bezahlt; circa 300 Schweine wurden nach dem Auslande verkauft.

An Schafvieh 2665 Stück incl. 762 Stück galizische Hammel, welche letztern zur mittleren Qualität zu zählen sind. Export-Geschäfte nach dem Auslande wurden nicht ausgeführt, nur schwere und fette Hammel erzielten einen mittelmäßigen Durchschnittspreis, geringe Qualität war selbst zu gedrückten Preisen nicht aufzuräumen.

An Kälbern 542 Stück, wofür sich die Preise gedrückter als vorige Woche gestalteten.

Börsen-Berichte.

Stettin, 27. November. Witterung: trübe, Nachts Regen. Temperatur: + 4° R. Wind SW.

An der Börse.

Weizen flau und niedriger, loco pr. 85pfd. gelber 80—84 Rt. bez., 83—85pfd. gelber November $84\frac{1}{4}$ Rt. bez., 84 Br., November-Dezember $82\frac{1}{2}$ Rt. Br., 82 Gd., Frühjahr $84\frac{1}{2}$, 84 Rt. bez., $84\frac{1}{4}$ Br.

Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 56—$57\frac{1}{2}$ Rt. bez., November $57\frac{1}{2}$, 57 Rt. bez. u. Gd., $57\frac{1}{4}$ Br., November-Dezember $55\frac{3}{4}$, $55\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br., 55 Gd., Frühjahr 54, $53\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br., $53\frac{1}{4}$ Gd.

Gerste ohne Handel.

Hafer loco pr. 50pfd. $27\frac{1}{2}$—29 Rt. bez.

Rüböl etwas fester, loco $12\frac{5}{12}$ Rt. Br., November $12\frac{1}{6}$ Rt. bez., $12\frac{1}{4}$ Rt. Br., November-Dezember 12 Rt. bez. u. Gd, April-Mai $12\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß $16\frac{1}{2}$ Rt. bez., mit Faß $16\frac{1}{3}$ Rt. bez., November $16\frac{3}{8}$ Rt. bez., $\frac{5}{12}$ Br., $\frac{1}{3}$ Gd., November-Dezember ohne Faß 16 Rt. bez. u. Br., Frühjahr $16\frac{5}{12}$, $\frac{3}{8}$ Rt. bez.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl, 30,000 Quart Spiritus.

Hamburg, 26. November. Getreidemarkt stille. Weizen auf Termine flau, pr. NovemberDezember 5400 Pfd. netto 154 Bankothaler Br., 153 Gd. pr. Dezember-Januar 148 Br. u. Gd. Roggen ab Königsberg pr. April-Mai 83—84 bez. Per November-Dezember 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 89 Gd., pr. Dezember-Januar 89 Br., 88 Gd. Oel geschäftslos, loco $26\frac{3}{8}$, pr. Mai $27\frac{1}{4}$. Kaffee 3100 Sack Santos segelnd begeben. Zink lebhaft, 1500 Ctr. pr. Frühjahr 14 Mk. 3 Sch., 7000 Ctr. zu 14 Mk. 4 Sch. verkauft. — Regen.